

Abkehr vom Marktfetisch – Neues ökonomisches Denken

Ronald Schettkat¹

Auf einen Blick

Die Verheißungen einer stabilen, marktgesteuerten wirtschaftlichen Entwicklung des politischen Neoliberalismus und seiner wirtschaftstheoretischen Basis, der neuklassischen Ökonomie, sind mit der Finanz- und Wirtschaftskrise geplatzt. Vordergründig scheint es vor allem ein Versagen makroökonomischer Modelle zu sein, aber die Kritik an den extremen Annahmen und der axiomatisch induktiven Methode neuklassischer Ökonomie garte in den Wirtschaftswissenschaften schon lange, denn selbst geringe Abweichungen vom Referenzmodell, vom Modell des perfekten Marktes, führen zu wirtschaftspolitisch gänzlich anderen Schlussfolgerungen. Das „neue ökonomische Denken“ lehnt das auf individuelle Nutzenmaximierung reduzierte Menschenbild des „homo oeconomicus“ ab und setzt ihm ein umfassenderes, realistisches Konzept entgegen, in dem Gerechtigkeit, Normen, Routinen, Emotionen in das Entscheidungsverhalten einfließen. Es basiert auf induktiver empirischer Wirtschaftswissenschaft, deren Wirkung schon jetzt die Grundfesten doktrinärer Ökonomie erschüttert.

Krise im ökonomischen Denken

Warum haben Ökonomen nicht vor der Bankenkrise gewarnt, wunderte sich Queen Elizabeth und staunte über die Begründung von Ökonomie-Nobelpreisträger Robert Lucas: Ökonomische Theorie sage voraus, dass solche Ereignisse nicht voraussagbar seien, sie seien exogene Schocks ansonsten stabiler Märkte. Lucas hält demnach an der Hypothese effizienter Märkte (HEM), nach der Märkte stets zum Gleichgewicht tendieren, fest und stellt den Zusammenbruch von Lehman Brothers (15. September 2008) als exogenen Schock statt als Ergebnis überschießender Finanzmärkte dar. Der Großinvestor, Spekulant und Philanthrop, George Soros, war über Lucas Antwort entsetzt, hat er doch sein beträchtliches Vermögen² mit einer zur HEM konträren Interpretation des Marktgeschehens gemacht. Statt auf stete Tendenz zum Gleichgewicht (HEM) setzte Soros auf Reflexivität, auf interdependentes Handeln, was die Märkte vom Gleichgewicht wegtreiben kann. Soros setzt nun einen Teil seines Vermögens dafür ein, der ökonomischen Wissenschaft einen Schub im „neuen ökonomischen Denken“ zu geben und fördert das „Institute for New Economic Thinking“, das auch die vielbeachtete Konferenz „Paradigm Lost: Rethinking Economics and Politics“ in Berlin (12. - 15. April 2012) veranstaltet hat.³

Nicht nur Krise der Makroökonomie

Vordergründig scheinen lediglich die makroökonomischen Modelle versagt zu haben, aber die Krise des ökonomischen Denkens betrifft vor allem die extrem unrealistischen mikroökonomischen Annahmen: Der „homo oeconomicus“ ordnet eine Myriade von Handlungsalternativen entlang einer Nutzenfunktion (die vor allem mathematische Anforderungen erfüllen muss), berücksichtigt die Konsequenzen seines Handelns und wählt dann unter Beachtung der Preis- und Einkommensbedingungen die nutzenmaximale Kombination aus. Er hat „rationale“ Erwartungen, agiert in perfekten Kapitalmärkten, wobei die Märkte zum allgemeinen Gleichgewicht bei einer „natürlichen“ Arbeitslosenquote tendieren. Gerechtigkeitsvorstellungen, Fairness, relative Einkommen sind dagegen ohne Bedeutung. Das Aggregationsproblem vom Individual- zum Marktverhalten wird wegdefiniert und makroökonomische Resultate werden aus dem unterstellten mikroökonomischen Verhalten hochgerechnet.

Der Übereinstimmung mit Axiomen wird mehr Bedeutung beigemessen als der Realitätsnähe zu empirisch validiertem Verhalten. Diskrepanzen zwischen Annahmen und tatsächlichem Verhalten seien irrelevant, es käme gar nicht auf den Realitätsgehalt der Annahmen an, sondern lediglich auf die logische Konsistenz der Modelle. Oder es wird empfohlen, die Realität dem Modell anzupassen (Deregulierung). Ohne Regulierungen und staatliche Eingriffe seien Märkte stabil, sie würden stets zum Gleichgewicht tendieren; sie seien effizient und würden zum Wohlfahrtsmaximum führen. Staat und Politik würden dieses Gleichgewicht stören und erst Ineffizienzen erzeugen, weshalb staatliche Aktivität zu begrenzen sei und deren Funktionen möglichst durch private Arrangements zu ersetzen seien (Privatisierung). „Rigiditäten“ können Preisanpassungen verzögern, aber langfristig wird die Dominanz der Marktkräfte unterstellt, die wieder zum Gleichgewicht zurückführen, als sei zwischenzeitlich nichts geschehen (komparative Statik). Ja, Wirtschaftswissenschaft wird gar auf die Analyse von Gleichgewichten reduziert.

Theorie der Realität anpassen

Es sind nicht nur Details eines ansonsten akzeptablen neoklassischen Modells, sondern es ist eine grundlegende methodische Kritik, die das

deduktive, formelhafte Vorgehen einer auf Axiomen basierten zeit-, raum- und kontextunabhängigen neoklassischen Modellwelt bemängelt. Diese Methode trägt nicht zum Erkenntnisgewinn bei, sondern im Gegenteil versperrt sie einer gehaltvollen, empirisch orientierten Theorieentwicklung den Weg. Die „neuen Denker“ – unter ihnen zahlreiche Nobelpreisträger – argumentieren, dass die Theorie der Realität angepasst werden muss, nicht umgekehrt. Prognosen, die auf falschen Annahmen fußen, können allenfalls zufällig richtig sein, es kommt aber auf das kontextabhängige Verständnis des Verhaltens der Individuen und deren Interaktionen in Märkten an. Zur Identifikation von Kausalzusammenhängen müssen Motivationen, Strukturen und Prozesse verstanden werden.

Von „Superrationalität“ systematisch abweichendes Individualverhalten darf nicht als Sonderfall (Anomalie) oder Irrationalität abgetan werden, denn Gerechtigkeitsvorstellungen, Routinen, Normen und Emotionen beeinflussen das Handeln. Die Forschungen zu den Verhaltensaxiomen neoklassischer Ökonomie zeigen denn auch ein systematisch anderes Verhalten als unterstellt. Fühlen sich Individuen unfair behandelt, lehnen sie – entgegen ihren „rationalen“ monetären Interessen – vorteilhafte Gratifikationen ab.

Makroökonomische Politik wirksam

Märkte sind stabil, sie sind stets im Wohlfahrts-optimum, im allgemeinen Gleichgewicht, weshalb makroökonomische Stabilisierungspolitik nur störend wirken könne. Diese theoretische Schlussfolgerung „neoklassischer Theorie“ beruht auf einem ganzen Bündel fragwürdiger Annahmen: (1) Gleichgewicht in der Ausgangssituation, (2) ahistorische Analyse, (3) rationale Erwartungen, (4) Konsum wird vom permanenten statt vom laufenden Einkommen bestimmt, (5) „Ricardianische Äquivalenz“ erklärt die Schulden von heute zu Steuern von morgen, (6) im unterstellten perfekten Kapitalmarkt (!) gibt es keine Kreditrestriktionen, (7) Risiko statt Unsicherheit erlaubt die Abschätzung zukünftiger Ereignisse, (8) „natürliche“ Arbeitslosenquote.

„Neues ökonomisches Denken“ sieht diese Annahmen als theoretisch und empirisch widerlegt an und kritisiert die auf der neoklassischen Immunisierungsstrategie basierenden Politikempfehlungen. Zuvorderst muss die Wirkungsanalyse

expansiver Wirtschaftspolitik die Ausgangssituation berücksichtigen; die bloße Annahme von Gleichgewicht und Vollbeschäftigung (1) ist unzureichend und irreführend. Expansive makroökonomische Fiskal- oder Geldpolitik wird in der Realität eingesetzt, um zum Gleichgewicht, zur Vollbeschäftigung zu gelangen, nicht um inflationstreibende Überbeschäftigung zu erzeugen.

Volkswirtschaften springen nicht zwischen Gleichgewichten, sondern vollziehen Anpassungsprozesse, die die Entwicklungspfade substantiell beeinflussen. „Neuklassische Theorie“ lässt dagegen allenfalls nur kurzfristige Mengenreaktionen („Strohfeuer“) zu, die aber durch Preisreaktionen rasch kompensiert werden. Es kommt zu zwischenzeitlicher Inflation, die Ökonomie pendelt sich auf einem höheren Preisniveau, aber bei ursprünglichen Mengen ein. Expansive Makropolitik führt hier zu falsch verstandenen Signalen. „Rationale“ Erwartungen (3) blenden solche Irrtümer von vorneherein aus, sie nehmen die modellimmanenten Effekte vorweg, weshalb systematische Politikeinflüsse unmöglich sind und lediglich unerwartete, überraschende Politiken ökonomische Agenten zum Handeln veranlassen können. Diese ahistorische Analyse „alten ökonomischen Denkens“ ist durch eine sequentielle Analyse (2) zu ersetzen, die insbesondere relevant ist, wenn die Beschränkung auf negative Rückkopplungen aufgegeben wird und positive Rückkopplungen zugelassen werden. Wirtschaftliche Entscheidungen werden auch außerhalb von Gleichgewichtssituationen getroffen, und wenn Unternehmen in Reaktion auf expansive wirtschaftspolitische Impulse investieren, dann werden die Produktionsmöglichkeiten der Ökonomie (das Potenzial) verändert. Es ergeben sich neue Gleichgewichte, die für langfristige Preisreaktionen entscheidend sind. Das langfristige Gleichgewicht kann deshalb nicht mit dem kurzfristigen Gleichgewicht einer fiktiven friktionslosen Wirtschaft gleichgesetzt werden. Investoren und andere Marktteilnehmer beeinflussen durch ihre Handlungen die Entwicklung, weshalb diese durch Unsicherheit und nicht lediglich durch Risiko (7) gekennzeichnet ist.

Die Wirkung fiskalischer Impulse (etwa Steuererlässe, Prämien) auf das Konsumentenverhalten wird mit der These des „permanenten Einkommens“ (4) (d.h. die Konsumenten machen ihre Kaufentscheidungen nicht vom laufenden,

sondern vom permanent verfügbaren Einkommen abhängig) und der „Ricardianischen Äquivalenz“ (5) – nach der die Staatsschulden von heute die Steuern von morgen sind, die Staatsausgaben also Wachstum nicht beeinflussen oder private Investitionen verdrängen (crowding out) – neutralisiert. Es kommt aber darauf an: Ist die Ökonomie tatsächlich voll ausgelastet, dann mögen die neuklassischen Überlegungen zutreffen. Ist sie aber unterbeschäftigt, führen die Impulse zum Gleichgewicht hin. Es ist entscheidend, wofür die öffentlichen Ausgaben getätigt werden, Konsum oder Investition. Der öffentliche Sektor ist nicht per se ineffizient, sondern erbringt wichtige (Vor-)Leistungen für die private Wirtschaft. Öffentliche Sachleistungen sind zudem für die Einkommensverteilung von großer Bedeutung, denn ihre Berücksichtigung verringert die Ungleichheit in allen OECD-Ländern. Mit anderen Worten: Die unteren Einkommensgruppen werden durch die Rücknahme öffentlicher Leistungen überproportional belastet.

Perfekte Finanzmärkte?

Kreditrestriktionen werden im neuklassischen Modell durch die Annahme perfekter Kapitalmärkte (6) eliminiert, d.h. Unternehmen können ihre Investitionen und Haushalte ihre Bildungsausgaben (Humankapitalinvestitionen) jederzeit mit Fremdkapital finanzieren. Kreditrestriktionen, Unsicherheit oder asymmetrische Information existieren nicht, zukünftige Erträge sind abschätzbar (Risiko). Die Annahme perfekter Kapitalmärkte verleitet auch zu der These, hohe und zunehmende Lohnungleichheit sei förderlich für Bildungsinvestitionen, weil mit ihnen die Bildungsrendite zunehme. Ein Trugschluss: Der Anteil erfolgreicher Bachelorabschlüsse nimmt in allen Begabungsniveaus mit dem sozio-ökonomischen Status der Eltern zu. Ungleichheit reproduziert Ungleichheit über Generationen hinweg umso stärker, je ungleicher eine Gesellschaft ist. In den USA mit höchsten Einkommensungleichheiten gibt es den stärksten intergenerationalen Zusammenhang, während in Norwegen – einem Land mit der geringsten Einkommensungleichheit und hohem öffentlichen Engagement in der Bildung – der Zusammenhang nahezu überwunden ist. Ein breiter Bildungszugang, Chancengleichheit, ist zudem essentiell für Wissensgesellschaften. Wenn Steuern die Leistungsbereitschaft reduzieren und in einen ineffizienten öffentlichen Sektor fließen, dann

gibt es den „großen Zielkonflikt“ zwischen Effizienz und Gleichheit. Fließen Steuern dagegen in effiziente Bereiche, etwa in Bildung, so werden technischer Fortschritt und das Wachstumspotenzial befördert.

Institutionen relevant für Gerechtigkeit und Einkommensverteilung

Löhne entsprächen den individuellen Produktionsbeiträgen, sie seien leistungsgerecht, so eine weitere festverankerte Annahme „alten ökonomischen Denkens“. Jede Person bekomme, was sie verdiene. Es gäbe quasi eine „natürliche“ Einkommensverteilung, deren Korrektur (durch Steuern oder Mindestlöhne) zu Effizienzverlusten führe. Die zunehmende Lohnspreizung in nahezu allen OECD-Ländern wird denn auch als „natürliche“ Marktreaktion auf qualifikationskomplementären technischen Fortschritt oder als Globalisierungsfolge interpretiert. Wenn aber Einkommenszuwächse zunehmend beim oberen ein Prozent der Einkommensbezieher konzentriert sind und große Lohnunterschiede in eng begrenzten Qualifikationsgruppen auftreten, dann sind Marktkräfte als Erklärung kaum mehr plausibel. Institutionelle Erklärungen wie der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, geringe oder fehlende Mindestlöhne, Steuern (in den OECD-Ländern wurden die Spitzensteuersätze im Schnitt um 20 Prozent gesenkt, Kapitaleinkommen werden geringer besteuert als Arbeitseinkommen) gewinnen deshalb zunehmend an Plausibilität. Solche Regulierungen wurden aber im „alten ökonomischen Denken“ als effizienzmindern, die „natürliche“ Verteilung als störend verdammt. Tatsächlich scheint aber dieselbe Effizienz mit sehr unterschiedlichen Einkommensverteilungen erreichbar.

Mindestlöhne führen im neuklassischen Modell unweigerlich zu Entlassungen der zuvor unter dem Mindestlohn bezahlten Arbeitnehmer. Individuelle Produktionsbeiträge sind aber nicht beobachtbar und nicht vergleichbar, weshalb man leicht einem Zirkelschluss verfällt, in dem vom

Lohn auf den individuellen Produktionsbeitrag geschlossen wird. „Neues ökonomisches Denken“ nimmt zur Kenntnis, dass Löhne ausgehandelt werden und Machtverhältnisse am Arbeitsmarkt eine wesentliche Rolle spielen. Die Entlohnung unterschiedlicher Aktivitäten unterliegt immer Werturteilen.

Arbeitslosigkeit kein optimierendes Verhalten!

Die institutionellen Anreize (vor allem Lohnersatzleistungen) bestimmen das allgemeine Gleichgewicht, die „natürliche“ Arbeitslosenquote, zu dem die Ökonomie stets zurückkehren soll. Diese sei nur durch Strukturreformen, nicht aber durch makroökonomische Politik zu reduzieren. Ist der „homo oeconomicus“ arbeitslos, so ist es eine nutzenmaximierende Abwägung von Freizeit, Arbeitsleid und Einkommen in einem gegebenen institutionellen Umfeld. Welch ein Kontrast zu den Ergebnissen neuerer Forschung, in denen Arbeitslosigkeit regelmäßig als einschneidendes, das Wohlbefinden drastisch reduzierendes Ereignis – vergleichbar nur mit Ehescheidungen – ermittelt wird, das zudem noch lange nachwirkt. Im „neuen ökonomischen Denken“ sind Anpassungsprozesse am Arbeitsmarkt besonders relevant, weil längere Rezessionen zu verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit führen. Tritt dieses ein, so sind die Kosten der Arbeitslosigkeit besonders hoch, weshalb rechtzeitiges Gegensteuern effizient ist.

„Neues ökonomisches Denken“ basiert auf empirisch induktiver Analyse und will vor allem tatsächliches menschliches Verhalten berücksichtigen. Die Abkehr von den extremen Annahmen des „homo oeconomicus“ überwindet die Immunsierung neuklassischer Ökonomie und gibt Wirtschaftspolitik eine aktive Rolle. Die Arbeitsteilung, nach der die Zentralbank ausschließlich für Preisstabilität, Politik vor allem für Strukturreformen zuständig ist und die Nachfrageseite der Ökonomie ignoriert wird, kann so nicht aufrechterhalten werden.

1 Der Autor ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Schumpeter School of Economics, Universität Wuppertal.

2 Auf der Forbes Liste der Milliardäre wird Soros mit 22 Milliarden US-\$ Nettovermögen als weltweit Nr. 22 geführt.

3 Vgl. www.ineteconomics.org.